

Björn Kauder und Niklas Potrafke

# Warum stimmen Unionsabgeordnete für die Ehe für alle? Es ist die Konkurrenz im Wahlkreis!

Eine neue Studie des ifo Instituts zeigt, dass Bundestagsabgeordnete von CDU/CSU, die in sicheren Wahlkreisen gewählt wurden, mit einer deutlich höheren Wahrscheinlichkeit gegen die Ehe für alle gestimmt haben als Abgeordnete aus umkämpften Wahlkreisen (vgl. Kauder und Potrafke 2018). Eine Erhöhung des Stimmenvorsprungs im Wahlkreis bei der Bundestagswahl 2013 um einen Prozentpunkt hat die Wahrscheinlichkeit, im Juni 2017 gegen die Ehe für alle zu stimmen, um 1,3 Prozentpunkte erhöht. Die Ergebnisse legen nahe, dass auch bei namentlichen Abstimmungen, bei denen Abgeordnete nur ihrem Gewissen verpflichtet sein sollten, Wiederwahlmotive eine große Rolle spielen.

Abgeordnete, die in sicheren Wahlkreisen gewählt werden, verhalten sich oftmals anders als Abgeordnete, die in umkämpften Wahlkreisen gewählt werden. Ein gutes Beispiel war die Sonderregelung für bayerische Landtagsabgeordnete im Jahr 2000, im Rahmen einer Übergangsfrist Familienangehörige als Mitarbeiter beschäftigen zu dürfen. Davon hatten eigens Abgeordnete Gebrauch gemacht, die besonders fest in ihren Wahlkreisen im Sattel saßen (vgl. Kauder und Potrafke 2016).<sup>1</sup> Die Sache war nach einer umfangreichen Berichterstattung im *Spiegel* politisch heikel, und so haben Abgeordnete, die um ihre Wiederwahl im Wahlkreis fürchten mussten, lieber die Finger von der Übergangsregelung gelassen.

Je umkämpfter ein Wahlkreis ist, desto eher werden sich Abgeordnete an den Wünschen des wahlentscheidenden Wählers, dem sogenannten Medianwähler, ausrichten. Die Abgeordneten und ihre Herausforderer wissen schließlich, dass sie nur dann eine Chance haben werden, den Wahlkreis zu gewinnen und das Mandat zu ergattern, wenn sie die Wünsche des Medianwählers befriedigen.

Am 30. Juni 2017 hat der Deutsche Bundestag die Ehe für alle beschlossen. Vorausgegangen war der Entscheidung eine spannende Entwicklung. Im Hinblick auf die Bundestagswahl am 24. September 2017 hatten SPD, Grüne und FDP im Frühjahr 2017 unmissverständlich klargemacht, dass sie nach der Wahl nur dann eine Koalition mit der Union eingehen würden, wenn die Ehe für alle eingeführt würde. Die Union steckte in einem Dilemma, denn sie wusste, dass sie nach der Bundestagswahl auf entweder die SPD, die Grünen und/oder die FDP zur Bildung einer

Koalition angewiesen sein würde. Die Parteichefs der Union verständigten sich am Sonntag, den 25. Juni (so konnte man es den Medien entnehmen), den Weg für die Ehe für alle in naher Zukunft frei zu machen. Ob Kanzlerin Merkels Hinweis am Montag, den 26. Juni auf einer Veranstaltung der Zeitschrift »Brigitte« –, die Ehe für alle nicht aufhalten zu wollen, ungewollt oder ganz gezielt eingesetzt war, wissen wohl nur wenige Beteiligte. In jedem Fall fackelten ihre politischen Konkurrenten nicht lange und bemühten sich um eine namentliche Abstimmung im Bundestag zur Ehe für alle. Das ging rasend schnell: Am Freitagmorgen, den 30. Juni, wurde abgestimmt. Insbesondere den Abgeordneten von CDU/CSU blieb keinerlei Zeit, sich im Wahlkreis ein Bild über die Ansichten der Wähler und ihrer Parteibasis zu machen. In der Union war die Ehe für alle schließlich umstritten. Die Abgeordneten von SPD, Grünen, Linken und FDP stimmten hingegen quasi geschlossen für die Ehe für alle. Bei CDU/CSU stimmten ca. ein Viertel der Abgeordneten dafür und drei Viertel dagegen.

Wir zeigen in einer neuen empirischen Studie, dass der Stimmenvorsprung bei der letzten Bundestagswahl 2013 von direkt gewählten CDU/CSU-Abgeordneten eine besonders starke Erklärungskraft dafür besitzt, ob ein(e) CDU/CSU-Abgeordnete(r) für oder gegen die Ehe für alle gestimmt hat (vgl. Kauder und Potrafke 2018).

## EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG

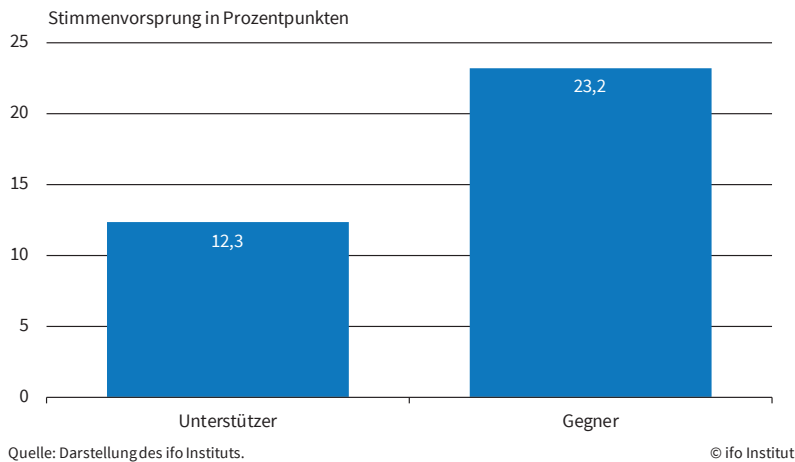
An der namentlichen Abstimmung zur Ehe für alle nahmen 223 direkt gewählte CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete teil. 47 der 223 Abgeordneten stimmten für und 173 Abgeordnete gegen die Ehe für alle.

<sup>1</sup> Zur bayerischen Verwandtenaffäre siehe ebenso Kauder und Potrafke (2015) sowie Rudolph und Däubler (2016).

Abb. 1

**Verhalten bei der Abstimmung "Ehe für alle"**

Der Stimmenvorsprung im Wahlkreis war bei den Gegnern der Ehe für alle größer



Drei Abgeordnete enthielten sich der Stimme.<sup>2</sup> Die Unterschiede in den Stimmenvorsprüngen bei der Bundestagswahl 2013 sind zwischen den 47 Befürwortern der Ehe für alle mit 12 Prozentpunkten und den 176 Gegnern der Ehe für alle mit 23 Prozentpunkten drastisch (vgl. Abb. 1). Der Unterschied in den Stimmenvorsprüngen ist statistisch signifikant auf dem 1%-Niveau.

Eine große empirische Herausforderung ist, die Präferenzen der Abgeordneten von denen ihrer Wählerschaft im Wahlkreis zu trennen. In unserem empirischen Modell regressieren wir das individuelle Abstimmungsverhalten (für bzw. gegen die Ehe für alle) auf den Stimmenvorsprung im Wahlkreis und eine Reihe von Variablen, die die Präferenzen in den Wahlkreisen approximieren sollen (darüber hinaus haben wir noch eine Reihe von soziodemographischen Variablen der Abgeordneten wie beispielsweise deren Alter in das empirische Modell aufgenommen). Wir verwenden den Anteil von Katholiken und Protestanten und die Zweitstimmenanteile der Parteien. Sicher, explizit messen können wir die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Ehe für alle in jedem deutschen Bundestagswahlkreis nicht. Ebenso würden wir gerne messen und im empirischen Modell berücksichtigen wollen, ob ein(e) Abgeordnete(r) persönlich besonders stark von der Ehe für alle betroffen ist, sei es, weil sie/er selbst gern gleichgeschlechtlich heiraten möchte, sei es, weil sie/er Familienmitglieder hat, die von der Ehe für alle profitieren. Über Informationen zur persönlichen Betroffenheit der Abgeordneten verfügen wir jedoch leider nicht.

Die Ergebnisse zeigen, dass für jeden Prozentpunkt, den der Stimmenvorsprung eines/einer Abgeordneten bei der Bundestagswahl 2013 größer war, die Wahrscheinlichkeit, gegen die Ehe für alle zu

stimmen, um ca. 1,3 Prozentpunkte gestiegen ist. Entsprechend waren Abgeordnete aus umkämpften Wahlkreisen eher geneigt, für die Ehe für alle zu stimmen. Auch zeigt sich, dass um ein Jahr ältere Abgeordnete mit einer um ca. 1,0 Prozentpunkte niedrigeren Wahrscheinlichkeit für die Ehe für alle gestimmt haben. Abgeordnete aus urbanen Wahlkreisen haben hingegen häufiger für die Ehe für alle gestimmt als ihre Kollegen vom platten Land.

Durchgeführt haben wir zahlreiche Tests, um die Robustheit der Ergebnisse zu

überprüfen. Die empirischen Ergebnisse sind stark, und wir sind zuversichtlich, dass wir, gegeben dem, was zu den Präferenzen der Abgeordneten und den Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkreis gemessen werden kann, den Wahlmotiveffekt der Abgeordneten gut isolieren konnten. Auch bei namentlichen Abstimmungen, bei denen Abgeordnete nur ihrem Gewissen verpflichtet sein sollten, spielen Wiederwahlmotive eine große Rolle.

## LITERATUR

- Kauder, B. und N. Potrafke (2015), »Just hire your spouse! Evidence from a political scandal in Bavaria«, *European Journal of Political Economy* 38, 42–54.
- Kauder, B. und N. Potrafke (2016), »Supermajorities and political rent extraction«, *Kyklos* 68, 65–81.
- Kauder, B. und N. Potrafke (2018), »Conservative politicians and voting on same-sex marriage«, *German Economic Review*, im Erscheinen.
- Kauder, B., N. Potrafke und M. Riem (2017), »Do parties punish MPs for voting against the party line?«, *CEifo Economic Studies* 63, 317–332.
- Rudolph, L. und T. Däubler (2016), »Holding individual representatives accountable: The role of electoral systems«, *Journal of Politics* 78, 746–762.

<sup>2</sup> Bei namentlichen Abstimmungen, bei denen Fraktionsdisziplin herrscht, stimmen die CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten deutlich geschlossener ab. Zum Abweichen von der Parteilinie bei namentlichen Abstimmungen im Bundestag siehe Kauder et al. (2017).